

**BewerberIn: Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen)**

## BEWERBUNG FÜR DIE LANDESLISTE ZUR BUNDESTAGS- WAHL 2009

**Kontakt:**

Beate Müller-Gemmeke  
 Im Brühl 24, 72124 Pliezhausen  
 Tel.: 07127 - 71619  
 Mobil: 0160 - 6330077  
[b.mueller-gemmeke@gruene.de](mailto:b.mueller-gemmeke@gruene.de)  
[www.mueller-gemmeke.de](http://www.mueller-gemmeke.de)



Liebe Freundinnen und Freunde,

- 1  
 2 die Landtagswahl in Hessen hat gezeigt, dass sozialpolitische Themen die Menschen beschäftigen und  
 3 Wahl entscheidend sein können. Die Spaltung in unserer Gesellschaft nimmt zu und die Angst vor dem  
 4 sozialen Abstieg reicht mittlerweile bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Die Ökologie ist wichtiges  
 5 Thema grüner Politik. Darüber hinaus brauchen wir auch neue kompetente Antworten in der Sozialpoli-  
 6 tik, um dieser zentralen Herausforderung gerecht zu werden.
- 7 Im Landesvorstand liegt mein fachlicher Schwerpunkt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Früh habe  
 8 ich Korrekturen bei Hartz IV gefordert. Mittlerweile sind viele meiner Forderungen zur arbeitsmarktpoli-  
 9 tischen Programmatik Beschlusslage unserer Partei. Mit dem baden-württembergischen Beschluss zum  
 10 Grundeinkommen konnte ich auch bei der BDK in Nürnberg Akzente setzen. Mit diesem sozialen Profil  
 11 bewerbe ich mich für einen vorderen Listenplatz. Bei der Bundestagswahl und im Bundestag möchte ich  
 12 zeigen, dass wir GRÜNEN auch in der Sozialpolitik moderne und zukunftsweisende Lösungen anbieten.  
 13 Ich hoffe auf eure Unterstützung.
- 14
- 15 **Ich stehe für eine Politik der Eigenständigkeit**  
 16 **und lehne Lagerpolitik mit Blick auf mögliche Koalitionen ab**
- 17 Alle Parteien haben sich mittlerweile ein „grünes Mäntelchen“ umgelegt, und wir müssen uns im neuen  
 18 5-Parteien-System behaupten. Deshalb muss unsere GRÜNE Politik eigenständig, erkennbar und ein-  
 19 schätzbar sein. GRÜNE Politik muss wieder neue visionäre Projekte entwickeln und gleichermaßen  
 20 pragmatisch kurzfristige Lösungen anbieten. Traditionell sind wir in ökologischen Fragen stark und e-  
 21 benso bei den Bürgerrechten. Wir brauchen aber auch ein klares soziales Profil, um in der veränderten  
 22 Parteienlandschaft bestehen zu können.  
 23

Der Antrag wurde:	Abstimmung:	Anmerkungen:
[ ] befasst	abgegebene Stimmen:	
[ ] nicht befasst	gültige Stimmen:	
	Ja-Stimmen:	
	Nein-Stimmen:	
	Enthaltungen:	

1 **Auch wenn sozialpolitische Themen die Menschen immer mehr bewegen,**  
2 **bleibt die Ökologie ein GRÜNES Kernthema**

---

3 Die Energiewende, das einzige Konzept das Klimaschutz, globale Konfliktvermeidung und Arbeitsplätze  
4 verbindet, steht im Mittelpunkt unserer Politik. Im neuen Streit um den Atomausstieg haben wir die  
5 besseren Argumente. Die Atomenergie ist und bleibt eine extrem gefährliche Technologie mit ungelö-  
6 ten Entsorgungsfragen und Proliferationsrisiken. Wir GRÜNEN sind und bleiben die Anti-AKW-Partei –  
7 ohne wenn und aber. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung sind für mich die  
8 Antworten auf den Klimawandel. Atomkraftwerke und die Kohleverstromung müssen so schnell wie  
9 möglich der Vergangenheit angehören, und dies ist für mich auch nicht verhandelbar.

10

11 **Kommunale Investitionen in den Klimaschutz bergen viel Potenzial und haben**  
12 **vor allem wichtige Vorbildfunktion für die BürgerInnen**

---

13 Rücksichtnahme auf Lobbyinteressen lässt die Klimaschutzpolitik der großen Koalition scheitern – viele  
14 Kommunen hingegen haben verstanden. Ein Beispiel aus meiner fast 20-jährigen Tätigkeit als Kommu-  
15 nalpolitikerin: Wir haben kürzlich im Gemeinderat beschlossen, dass die Gemeinde binnen 10 Jahren  
16 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 50% verringern möchte. Dazu brauchen wir aber Unterstützung durch Program-  
17 me zur energetischen Sanierung und zur Umstellung auf Erneuerbare Energien, damit wir den Bürge-  
18 rInnen zeigen können: Klimaschutz ist machbar, sofern der politische Wille vorhanden ist.

19 In den Kommunen sollten wir die anstehenden Verhandlungen zu den neuen Strom-  
20 Konzessionsverträgen offensiv für die notwendige Energiewende nutzen. Die verfehlte Politik der gro-  
21 ßen Energieversorgungsunternehmen darf nicht auf weitere 20 Jahre zementiert werden. Es gilt,  
22 Hemmnisse für die Erneuerbaren Energien abzubauen und ökologische Wärmedienstleistungsangebote  
23 in den Kommunen einzuführen. Diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen, um energiepoli-  
24 tisch nachhaltige kommunale Weichenstellungen zu erreichen.

25

26 **GRÜNE Energiepolitik muss gleichermaßen ökologisch und sozial ausgestaltet sein,**  
27 **denn dramatisch steigende Energiepreise verschärfen soziale Probleme**

---

28 Wir stecken in einem Dilemma: Die Energiepreise sind gleichzeitig zu hoch und zu niedrig. Die Senkung  
29 der Energiepreise können und wollen wir nicht versprechen, noch immer müssten sie eigentlich steigen,  
30 um ein Umsteuern auf effiziente Technologien zu erreichen. Und doch sind die Belastungen sehr hoch  
31 und bewirken soziale Verwerfungen.

32 Obwohl die Ökosteuer direkt über die Rentenbeiträge an die Gesellschaft zurückfließt und zudem Ar-  
33beitsplätze schafft und sichert, wird sie von weiten Teilen der Gesellschaft abgelehnt. Wir brauchen  
34 neue Instrumente, die sowohl ökologisch als auch sozial gerecht wirken, um nicht staatliche Gleichgül-  
35 tigkeit zu demonstrieren. Ein „Ökobonus“, der Umweltabgaben direkt an die Bevölkerung zurück gibt  
36 und dabei Energieeinsparung belohnt, wird diskutiert. Eine Lösung wäre auch ein „Recht auf günstige  
37 Grundenergie für alle“ – der Hochverbrauch wäre teuer und würde konsequent Energieeinsparung be-  
38 wirken. Ich hoffe, wir nutzen die Zeit bis zur Bundestagswahl, um ein überzeugendes Konzept zu ent-  
39 wickeln. Nur wenn es uns gelingt soziale Verwerfungen zu vermeiden, haben wir Chancen die ökologi-  
40 sche Frage zu lösen.

41

42 **Teilhabe und Solidarität sind zentrale GRÜNE Werte – ein Aufbruch in der Sozialpolitik**  
43 **verbindet soziale Infrastruktur und soziale Absicherung**

---

44 Der neueste Armuts- und Reichtumsbericht zeigt deutlich: Armut in Deutschland ist traurige Realität.  
45 Die Mittelschicht in Deutschland schrumpft. Mit der Agenda 2010 und Hartz IV haben wir Vertrauen  
46 verloren. Mit unseren neuen sozialpolitischen Positionen, an denen ich aktiv mitgewirkt habe, müssen  
47 wir uns auch als soziale Kraft wieder stärker profilieren.

48 Mit viel Selbstbewusstsein können wir sagen: Die zwei besten Konzepte gegen Armut haben wir GRÜ-  
49 NEN entwickelt. Natürlich sehe ich perspektivisch das GRÜNE Grundeinkommen als die beste Lösung,  
50 denn mit einer negativen Einkommensteuer erreichen wir unbürokratisch alle Personengruppen, die von

1 Armut bedroht sind – Erwerbslose, Geringverdienende, einkommensschwache Haushalte mit Kindern,  
2 verdeckt Arme, Studenten und Freiberufler.

3 Aber auch mit der in Nürnberg beschlossenen Grundsicherung (die Zweitbeste aller Möglichkeiten)  
4 haben wir ein wirksameres Konzept als alle anderen Parteien. Neben der Anhebung des Arbeitslosen-  
5 gelds II braucht es weitere Konkretisierungen: 1. die Erhöhung des Grundfreibetrags, eine Kindergrund-  
6 sicherung, Grundrente, Mindestlohn, Bürgerversicherung, verbunden mit der klaren Aussage, dass un-  
7 soziale Steuersenkungen mit GRÜN nicht zu haben sind. 2. der dringend notwendige Ausbau der sozia-  
8 len Infrastruktur von der Bildung über die Kinderbetreuung bis zu einer wirklich greifbaren Arbeits-  
9 marktintegration für benachteiligte Menschen. Nur beides zusammen – Verteilungsgerechtigkeit und  
10 Chancengerechtigkeit - ergibt ein abgerundetes Gesamtpaket, um die Spaltung zwischen Arm und  
11 Reich ein Stück weit zu überwinden.

12

### 13 **Arbeitsmarktpolitik orientiert sich an den Menschen** 14 **und eröffnet Chancen auf ein Leben in Würde**

15 Wir befinden uns mitten im Wandel der Erwerbsgesellschaft. Dennoch bedeutet Teilhabe an Erwerbsar-  
16 beit gesellschaftliche Anerkennung. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit isoliert die Menschen und belastet  
17 Familien und Partnerschaften. Eine solidarische Arbeitsmarktpolitik muss Kernstück GRÜNER Sozialpoli-  
18 tik sein. Das „Fördern und Fordern“ der Hartz-Gesetzgebung hat versagt. Ein Umdenken ist zwingend  
19 notwendig, hin zu einem arbeitsmarktpolitischen Konzept, das Freiwilligkeit, Selbstbestimmung und  
20 Individualität respektiert und sich an den Fähigkeiten und Lebensplanungen der Menschen orientiert.  
21 Nur unter diesen Voraussetzungen werden Motivation und Engagement gefördert. Wenn wir keine  
22 (passenden) Arbeitsplätze bieten können, machen Sanktionen keinen Sinn. Ebenso haben auch Er-  
23 werbslose ein Recht auf ein sozio-kulturelles Existenzminimum und ein Leben in Würde.

24 Aufgrund meiner selbstständigen Beratertätigkeit in der aktiven Arbeitsmarktpolitik habe ich genaue  
25 Vorstellungen, wie eine individuelle Beschäftigungsförderung aussehen sollte. Meine Ideen bewegen  
26 sich nicht im Bereich reiner Wunschvorstellungen, sondern sind finanzierbar und machbar. Neben der  
27 Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik brauchen wir Gestaltungsräume für individuelle Qualifizie-  
28 rungsmaßnahmen, die zu den Erwerbslosen passen. Insbesondere Erwerbslose, die auf absehbare Zeit  
29 keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, brauchen Perspektiven. Kurzfristige und sinnlose 1-  
30 Euro-Jobs kosten viel Geld und bewirken wenig. Stattdessen brauchen wir geförderte Beschäftigung –  
31 auch unbefristet – in Form von sozialversicherungspflichtiger Arbeit mit Qualifizierungsanteilen als Brü-  
32 cke in den ersten Arbeitsmarkt. Mein Ziel ist eine emanzipatorische Arbeitsmarktpolitik, und mein Mot-  
33 to dabei ist: „Niemanden vergessen, allen müssen neue Chancen eröffnet werden“.

34

### 35 **Fehlende Ausbildung ist das höchste Risiko für Langzeitarbeitslosigkeit** 36 **- wir brauchen ein Recht auf Ausbildung für alle jungen Menschen**

37 Der konjunkturelle Aufschwung hat zwar die Ausbildungssituation verbessert – dennoch haben benach-  
38 teilte junge Menschen geringe Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Statistiken verschleiern das Aus-  
39 maß des Problems, denn nicht eingerechnet werden Jugendliche in schulischen Warteschleifen, in  
40 Maßnahmen und all diejenigen, die nicht als „bedürftig“ gelten. Meine beruflichen Erfahrungen zeigen,  
41 dass umfassende Reformen dringend notwendig sind.

42 Ungleiche Startchancen werden nur durch ein leistungsfähiges Bildungssystem und durch gezielte Bera-  
43 tung und Begleitung an der Schnittstelle zum Arbeitsmarkt ausgeglichen. Das duale System muss ge-  
44 stärkt, mit modularen Ausbildungsangeboten ergänzt und die schulischen und außerbetrieblichen Aus-  
45 bildungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Die Angebote der aktiven Arbeitsmarktpolitik müs-  
46 sen gebündelt und ausschließlich in Richtung Ausbildung verwendet werden. Durch individuelle Unter-  
47 stützung können alle jungen Menschen in Ausbildung vermittelt und gleichermaßen zusätzliche Ausbil-  
48 dungsplätze akquiriert werden.

49 Zwei Ziele wären mir als Bundestagsabgeordnete ein besonderes Anliegen – ein „Recht auf Ausbil-  
50 dung“ und ein Jugendfördergesetz. Unternehmen und Sozialstaat müssen Verantwortung übernehmen

1 und ein Recht auf Ausbildung garantieren. Alle jungen Menschen sollen eine Ausbildung machen kön-  
2 nen, unabhängig davon, ob sie arbeitsmarktpolitische Leistungsansprüche besitzen oder nicht. Diese  
3 Investition in junge Menschen muss sich eine Gesellschaft im demografischen Wandel volkswirtschaft-  
4 lich einfach leisten. Junge Menschen müssen für eine Gesellschaft mit Anspruch auf soziale Gerechtig-  
5 keit höchste Priorität besitzen.

6

7 **Gleichstellungspolitik ist Querschnittsthema**  
8 **und ebenso eine grundsätzliche Frage der Demokratie**

---

9 Eine moderne Gesellschaft braucht die Gleichstellung von Frauen und Männern. Dennoch sind wir von  
10 der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und von der Geschlechterdemokratie in der Wirtschaft noch  
11 weit entfernt. Dies zeigt meine Arbeit in Arbeitsmarktprojekten im Rahmen des Europäischen Sozial-  
12 fonds. Die durch Hartz IV entstandenen Diskriminierungen müssen rückgängig gemacht werden. So  
13 sollen auch Frauen ohne Leistungsbezug arbeitsmarktpolitische Unterstützung erhalten. Ebenso soll das  
14 neueste Urteil des Bundesgerichtshofs übertragen werden, denn auch Mütter mit Arbeitslosengeld II  
15 dürfen nicht weiter zu Ganztags-Maßnahmen gezwungen werden.

16 Mädchen brauchen geschlechtssensible Beratung und Begleitung, noch immer konzentrieren sie sich  
17 auf 8 (meist niedrig entlohnte) Ausbildungsgänge. Mehr Frauen in Führungsrollen, in Forschung und  
18 Lehre sowie gleicher Lohn für Frauen und Männer - weniger Teilzeit- und Minijobs und insbesondere  
19 eine geschlechtsspezifische Beratung bei Existenzgründungen sind notwendig, um mehr Erwerbstätig-  
20 keit für Frauen zu ermöglichen. Zentrale Voraussetzung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf -  
21 seit Jahren streite ich als Gemeinde- und Kreisrätin für durchgängige Kinderbetreuungsangebote für  
22 berufstätige Mütter und aktive Väter.

23 Gleichstellungspolitik ist Grundlage von Demokratie - eine eigenständige Existenzsicherung ist Bürge-  
24 rInnenrecht. Nur ein Grundeinkommen wird diesem Anspruch gerecht - nur mit einem Grundeinkom-  
25 men wird Armut von Frauen bekämpft, und nur so erhalten Frauen mehr Freiheit für ihre individuelle  
26 Lebensplanung.

27

28 **Ich möchte meine beruflichen und politischen Erfahrungen bündeln**  
29 **und als Bundestagsabgeordnete nutzen**

---

30 Meine politische Kompetenz beruht auf meiner beruflichen Tätigkeit. Als Beraterin in der aktiven Ar-  
31beitsmarktpolitik bin ich tagtäglich nicht nur mit den Auswirkungen der politischen Rahmenbedingun-  
32gen konfrontiert, sondern ebenso mit den Notwendigkeiten aus Sicht der Erwerbslosen und Träger. Ich  
33gestalte konkrete Arbeitsmarktpolitik - sauber durchgerechnet. Ebenso besitze ich auch politische Kom-  
34petenz durch mein vielfältiges GRÜNES Engagement als Wahlkämpferin, Kreis- und Gemeinderätin, im  
35Kreisvorstand, Landesvorstand und im Bundesfinanzrat, als Sprecherin der LAG Wirtschaft und Soziales  
36sowie durch Schulungen für KreisgeschäftsführerInnen. All diese Erfahrungen - auch die als Mutter  
37zweier Söhne und als ehrenamtlich Tätige in der offenen Jugendarbeit - möchte ich nun als Bundes-  
38tagsabgeordnete nutzen.

39 Ich bin bekannt für klare und ehrliche Worte und mir ist unsere GRÜNE Basisdemokratie wichtig. Basis-  
40demokratie bedeutet für mich aber nicht nur, dass die unteren Parteiebenen gut funktionieren. Basis-  
41demokratie ist für mich Teamarbeit. Mein Ziel ist eine lebendige Partei, die ihre Potenziale nutzt, Ein-  
42fluss nimmt und ein klares GRÜNES Profil entwickelt. Für die Bundestagswahl stehe ich für einen Auf-  
43bruch in der Sozialpolitik und dafür bitte ich euch um eure Unterstützung. Packen wir es gemeinsam  
44an!

45 Mit grünen Grüßen!



Und wenn euch diese Informationen noch nicht ausreichen, dann schaut einfach auf meine Homepage  
[www.mueller-gemmeke.de](http://www.mueller-gemmeke.de) - viel Spaß beim Lesen!